

# Stimmen der Weltpresse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **32 (1952-1953)**

Heft 11

PDF erstellt am: **17.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## STIMMEN DER WELTPRESSE

Zum Rücktritt *Schumans* schreibt die Wochenzeitung «*Die Österreichische Furche*» in ihrer Nummer vom 17. Januar unter anderem: «Mit Schuman verläßt ein Mann die internationale Szene, der mehr als jeder andere die Beziehungen der europäischen Völker nach dem Kriege beeinflußt und gestaltet hat. An Stelle des Hasses und der Revanche, der zerfleischenden Kämpfe zwischen Frankreich und Deutschland, wollte er eine Union dieser beiden Nationen setzen und beschritt damit jene konstruktive Bahn, die Briand einstmals ersehnte, aber niemals erreichen konnte. Mit seinem Namen wird für immer die Schaffung der europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft verbunden bleiben. Aber auch der Europarat wäre ohne ihn niemals in Funktion getreten. Fern aller Demagogie und dem Lärm der Massenversammlungen, war Schuman niemals ein Meister der politischen Intrige, er war viel eher ein nüchterner Arbeiter, überzeugt von der Notwendigkeit einer Einigung Europas».

Die politische Redakteurin der Hamburger «*Zeit*», Gräfin *Marion Dönhoff*, schreibt in ihrem Artikel «*Frischer Wind in Straßburg*» sehr richtig: «Vieles war erfreulich in Straßburg, nur eines ist und bleibt beklagenswert: die leeren Stühle der deutschen Sozialisten! Jahrzehntlang gehörten sie zur Avantgarde des übernationalen Gedankens, jetzt aber, wo sich endlich die ersten Umriss einer übernationalen Verfassung abzeichnen, jetzt, da endlich ein ferner Zukunftstraum Wirklichkeit zu werden beginnt, sind sie nicht dabei. Daß nach einem zweiten Weltkrieg die Großindustrie und der Generalstab weitschauender und fortschrittlicher sein würden als die deutsche Arbeitervertretung, wer hätte das gedacht? ...» (Nr. 3, 15. Januar 1953).

Der frühere Staatssekretär *Dino del Bo* erklärt in einem Leitartikel der christlichdemokratischen Tageszeitung «*Il Popolo*», vom 14. Januar, unter der Überschrift «*Vereinigtes Europa oder europäische Bündnisse*», daß bei der sowohl durch Gleichgültigkeit als auch durch Mißtrauen hervorgerufenen gegenwärtigen Krise die Vereinigungsbestrebungen des europäischen Kontinentes um einiges abgeschwächt werden. Es scheine sich alles auf das Dilemma zuzuspitzen, ob das zukünftige Europa einen Einheitsstaat, mit einer bestimmten politischen Prägung, oder aber, ob es — unter Beibehaltung des derzeitigen Aspektes — einfach Sitz und Mittelpunkt einer Verbindung verschiedener Völker bilden soll, welche die Vereinbarung getroffen haben, sich beim Kampf gegen einen gemeinsamen Feind gegenseitig Hilfe zu leisten. Zwei bestbekannte Persönlichkeiten der gegenwärtigen europäischen Politik haben sich ausdrücklich zu Gunsten der zweiten These ausgesprochen: nämlich General de Gaulle, dessen Partei, nach einer allfälligen Revision der französischen Verfassung an die Macht gelangend, eine ausgesprochen konservative Außenpolitik betreiben würde, und Montgomery, der einem Beitrag des englischen Heeres zur europäischen Armee nicht abgeneigt wäre, wenn diese letztere nicht mehr Machtmittel eines vereinigten Europas wäre, was jedoch die diplomatischen Kreise Londons zu verstehen geben. Del Bo ist der Ansicht, daß die erwähnten Gedankengänge von einem Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich, England und auch in Deutschland geteilt werden. Er glaubt darum, der Augenblick sei nun gekommen, wo Italien seine auf ein vereinigtes Europa hinzielende Politik unbedingt mit größerem Nachdruck betreiben müsse und somit einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des Friedens leisten könne.

Im «*Osservatore Romano*» vom 11. Januar wird, mit dem bekannten Zeichen G. L. B., unter der Überschrift «*Die ersten politischen Wahlen des Jahres 1953*», eine allgemeine Übersicht der inneren Lage Österreichs wiedergegeben. Drei Parlamente sollen im laufenden Jahr eine neue Zusammensetzung erfahren, das österreichische, das italienische und das deutsche. Wenn auch die Neubildung der letzteren eine unmittelbare und weitgehende Auswirkung auf das politische Geschehen in Deutschland und Italien haben wird und somit die Lage in Europa und in der ganzen Welt beeinflussen kann, so ruft der erwähnte Berichtersteller doch in Erinnerung, daß den politischen Wahlen in Österreich vom kommenden 22. Februar eine nicht minder große Bedeutung zukomme, denn wenn dieses Land auch nicht mehr die «Brücke» zwischen zwei politischen Welten bilde, stelle es doch «den Prüfstein dar, an welchem sich die angeblich besten Absichten des Ostens zum Westen bewähren sollen». Nachdem die Gründe der bisherigen Zusammenarbeit der beiden stärksten österreichischen Parteien, der Christlich-Demokraten und der Sozialdemokraten, in der Regierung kurz dargelegt werden, sind die Tatsachen aufgeführt, die letzten Oktober zur Krise und somit zur frühzeitigen Auflösung des derzeitigen Parlamentes geführt haben. Der Autor erwähnt auch, daß der Zwist zwischen den vorgenannten Parteien auf tiefgehende programmatische und grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zurückzuführen sei. Er meint jedoch, daß der Hauptpunkt der ganzen Fragestellung in der Tatsache zu suchen sei, ob die Neuwahlen nur die Christlichen Demokraten oder aber nur die Sozialisten an die Macht bringen werden. Beiden Parteien wird es voraussichtlich schwer fallen, die zehn Sitze zu gewinnen, die sie heute von der absoluten Mehrheit noch fernhalten. Hier schalten sich nach Ansicht des Verfassers zwei unberechenbare Faktoren ein: die voraussichtlichen Wahlergebnisse, welche die kleineren Parteien — wie die «Zentrumsgruppe», die «Soziale Erneuerungsbewegung» und die «Kommunistische Partei» — erzielen werden und die Haltung der russischen Besatzungsbehörden. Doch müsse in Österreich, meint der Autor abschließend, mehr als bei anderen Ländern, die internationale Lage bei den kommenden Wahlen in Betracht gezogen werden.

Der Korrespondent der NZZ in Belgrad berichtete, die Kundgebung des diplomatischen Korps zur Wahl Titos zum Staatspräsidenten sei durch ihren überschwänglichen Ton aufgefallen. «Sie, Herr Präsident, vertreten im höchsten Grade die sublimsten und edelsten Züge der Völker Jugoslawiens und des neuen Jugoslawien» (NZZ, 16. Januar, Nr. 103). — Im «*Rheinischen Merkur*» Nr. 52/1952 hat ihr außenpolitischer Redakteur, Dr. Rolf Fechter, unter dem Titel: «*Tito unterdrückt die Kirche — Tatsachen gegen Dementis —*» die Lage der Kirche geschildert und die Vorwürfe des jugoslawischen Botschafters bei der Bundesrepublik, die Informationen der Zeitung über Titos Kirchenpolitik seien «frei erfunden» und «entstellten vollkommen die innen- und außenpolitische Grundlinie der jugoslawischen Regierung», gestützt auf Tatsachen zurückgewiesen. Die Religionsfeindlichkeit Titos ist bereits in der kommunistischen Ideologie begründet. «Als fanatischer Anhänger des Marxismus-Leninismus ist Tito der unerbittliche Feind der Religion in allen Formen». Mitgliedschaft in der Partei «ist unvereinbar mit einem Glaubensbekenntnis oder religiöser Praxis». Aus Rücksicht auf die Reaktion des Westens wird die offene Verfolgung vermieden. Es gibt aber raffiniertere Methoden und nach Ansicht Fechters «ähnelt die kirchenpolitische Situation in Jugoslawien tatsächlich der im Dritten Reich». Die Kirche wird unter wirtschaftlichen Druck gesetzt. Die katholische Presse ist praktisch völlig vernichtet. Christliche Glaubenswahrheiten werden ins Lächerliche gezogen. Dem Klerus und den religiösen Orden soll der Nachwuchs entzogen werden. Die von Fechter angeführten Beispiele zeigen, daß die Laien ähnliche Schicksale wie die Priester erleiden. Er stellt fest, es gehe hier um die Grundlage der Dinge, die den Westen berechtige, sich als «freie Welt»

zu bezeichnen, und kommt zum Schluß: «Wenn wir hier schweigen, lassen wir zu, daß der entscheidende geistige Faktor im Kampf gegen den Bolschewismus in unserem eigenen Raum ausgehöhlt wird, und damit würde die große Auseinandersetzung auf die Stufe eines rein politischen Rivalitäts- und Machtkampfes herabsinken».

In der in Prag erscheinenden Zeitung «*Rudé Právo*» vom 13. November 1952 veröffentlichte F. Hon einen Artikel «*Wer ist dieser Dorfreiche?*» (Originaltitel: Kdo je to vesnický boháč?), der sehr aktuell ist, weil das neue Ablieferungssystem zu Beginn dieses Jahres in Kraft getreten ist. Es setzt die listenmäßige Erfassung der «Dorfreichen» voraus. Wer als Dorfreicher, russisch Kulak, zu betrachten ist, hängt nicht in erster Linie davon ab, ob dieser seine Ablieferungspflicht erfüllt, ob er spekuliert, Sabotage begeht oder gegen die landwirtschaftlichen Einheitsgenossenschaften eingestellt ist. Dorfreiche sind nach Ansicht des Autors die Ausbeuter, die ihr Vermögen durch die Arbeit anderer zusammengerafft und vergrößert haben. Der Dorfreiche gehört zu der feindlichen, ausbeuterischen Klasse, deren Interessen den Interessen der Arbeiter und arbeitenden Bauern, die von ihrer eigenen Arbeit leben, zuwiderlaufen. Dabei ist nicht allein der heutige Besitz maßgebend, es ist vielmehr auch zu prüfen, ob einer nicht schon früher Ausbeuter war und sein Vermögen aus fremder Arbeit und Schweiß zusammenraffte. Dem Dorfreichen ist die Maske vom Gesicht zu reißen und die Werktätigen auf dem Lande dürfen nie vergessen, daß sie es mit einem wütenden Feind zu tun haben, der immer wieder versuchen wird, ihren Aufbau zu sabotieren, auch wenn er bereits entlarvt ist und weiter im Dorfe wohnt, oder sogar zu Unrecht als Lohnarbeiter in einer Genossenschaft beschäftigt ist. Nur wenn die örtlichen Komitees der Kommunisten nach diesem Maßstab vorgehen, werden sie den Dorfreichen in den Augen der arbeitenden Bevölkerung entlarven, ihn konsequent in die Enge treiben und schließlich beseitigen können. Diese Darstellung zeigt, mit welchen raffinierten Methoden der Besitz als solcher vernichtet werden soll.

Die «*Stimmen zu osteuropäischen Fragen*» (SOF, Berlin-Wilmersdorf, Hauerstraße 80), die bisher dank den Bemühungen der in Paris erscheinenden freien polnischen Zeitschrift «*Kultura*» publiziert werden konnten, stellen leider ihr Erscheinen ein, «weil der Berliner Korrespondent der ‚Kultura‘ die Stadt verläßt». In ihrer letzten Nummer, Nr. 7, berichten die SOF über die Stellungnahme der Ukrainer im antibolschewistischen Kampf. Sie schreiben: «Am 19. und 20. Dezember 1952 fand in München eine Konferenz sämtlicher ukrainischen Exilgruppen statt, die dem Gedanken des antibolschewistischen Kampfes und der Überwindung der bisherigen Spaltung in verschiedene politische Lager galt. Zu diesem Zweck kam aus den USA eine Delegation der führenden Persönlichkeiten der Amerikaner-Ukrainer nach München. Diese Delegation stand unter der Leitung des Präsidenten des ukrainischen Kongreßkomitees von Amerika und Professors an der Georgetown University in Washington, Dr. Dobriansky, und führte Gespräche mit maßgeblichen Vertretern des ukrainischen politischen Lebens im Exil. — Das Hauptproblem der Konferenz bildete die Frage der Teilnahme der Ukrainer in dem vor einigen Monaten gebildeten sogenannten ‚Zentrum des antibolschewistischen Kampfes‘, das von dem ‚Amerikanischen Komitee für die Befreiung der Völker Rußlands‘ offiziell unterstützt wird. Prof. Dobriansky stellte in seinem Exposé wichtige Veränderungen in der bisherigen Politik dieses Komitees in Aussicht. U. a. soll die offizielle Bezeichnung des Komitees geändert werden, und es ist sehr wahrscheinlich, daß es den Vorschlag des Ukrainischen Kongreßkomitees annehmen



und sich in Zukunft ‚Amerikanisches Komitee für die Befreiung der Völker der Sowjetunion‘ nennen wird. Außerdem sollen zukünftig die Interessen jener nicht-russischen Völker der UdSSR, die im Jahre 1917 ihre Unabhängigkeit proklamiert haben, seitens des Amerikanischen Komitees stärker berücksichtigt werden. — Nach zweitägigen Beratungen gelang es den beiden Parteien, und zwar der amerikanischen Delegation und den Vertretern der ukrainischen Exilgruppen in Europa, eine Einigung zu erzielen. Es wurde eine Arbeitskommission aus den Repräsentanten sämtlicher ukrainischen Exilgruppen gebildet, zu deren Aufgaben die Klärung der Voraussetzungen der Teilnahme aller ukrainischen Exilgruppen in dem von den amerikanischen politischen Kreisen geführten antibolschewistischen Kampf gehört.

Die von *Stephen King-Hall* herausgegebenen «*National News-Letter*» (162, Buckingham Palace Road, London S.W. 1) machen in Nr. 854 einige zutreffende Feststellungen über die Situation in Südafrika und Kenya. Es sei selbstverständlich, daß den Weißen eine natürliche Erziehungs- und Führungsaufgabe zukomme; das ändere aber nichts am Grundsatz, daß die Hautfarbe irrelevant sei für die Anerkennung der Menschenwürde. Die Tragik der jetzigen Situation in Afrika liege darin, daß zahlreiche weiße Afrikaner dieses Prinzip nicht anerkennen. Sie betrachten den Schwarzen als derart verschieden, daß er unter gar keinen Umständen den gleichen rechtlichen Status erhalten könne wie sie. Diese Haltung müsse notwendigerweise zu einer zwangsweisen Lösung der Probleme führen. In diesem Falle sei es nur eine Frage der Zeit, daß die Weißen in Afrika untergehen, denn die Schwarzen würden sich mehr und mehr ihrer numerischen Überlegenheit und der ökonomischen Bedeutung ihrer Arbeit bewußt. Ein anderer Teil der weißen Bevölkerung gebe sich allerdings Rechenschaft über die wachsenden Gefahren einer solchen negativen Politik. Sie träten aber noch nicht offen gegen die besonders in Südafrika von Staats wegen vertretenen Grundsätze der Diskriminierung der Schwarzen auf. — Die Mau-Mau-Bewegung in Kenya und andere weniger blutige Erscheinungen im übrigen Afrika lassen, nach Ansicht der Zeitschrift, für die Zukunft Schlimmes befürchten. Nötig wäre eine Aktion, welche die psychologische Atmosphäre in den Beziehungen zwischen den Rassen grundlegend verbessert. Sonst befürchten «*National News-Letter*», daß Afrika in zwanzig Jahren dunkler sein werde als je zuvor.

Der *Informationsdienst* von *Caux* unterrichtet in seiner Nummer vom 15. Januar über den Erfolg der *Moralischen Aufrüstung* in Indien. An der *Dehli-Konferenz* vom 26. Dezember sagte Senator *Hunter*, parlamentarischer Sekretär des Finanzministers von Ceylon: «Unterschiede der Rassen, des Glaubens, Kasten und die gesellschaftliche Stellung sollen nie wieder mein politisches Leben beeinflussen. Ich werde aufhören, billige Argumente zu benutzen, um der Opposition eins auszuwischen. Aus meinen politischen und privaten Äußerungen will ich jede Unehrlichkeit verbannen. Ich will das, was recht ist, anerkennen, auch wenn es von meinen politischen Gegnern vorgeschlagen wird», und der indische Planungsminister *Nanda* hob die Bedeutung der Konferenz für die Regierung seines Landes hervor: «Kein Volk kann heute sein Schicksal isoliert von der übrigen Welt gestalten. Die Moralische Aufrüstung bildet den Kern einer Denk- und Lebensweise, die die Grundlage des Lebens aller Menschen werden kann. Wir Inder müssen lernen, zusammenzuarbeiten. Ohne Einigkeit werden wir zusammenbrechen. So geeint, werden wir die Probleme und Nöte unseres Landes lösen können. . . Das indische Volk beginnt zu erkennen, wie die Ideale, für die seine Führer gelebt, gekämpft und gelitten haben, verwirklicht werden können».

Die europäische und aus politischen Gründen in noch forcierterer Weise die amerikanische Presse haben ihre Leser daran gewöhnt, die wirtschaftliche Entwicklung *Japans* in der Nachkriegszeit als ein Wunder zu bestaunen. Bei der Knappheit verlässlicher Informationen über japanische Zustände ist es von erheblichem Interesse, sich an Hand eines bemerkenswerten Aufsatzes: «*Die Entwicklungsbedingungen der japanischen Wirtschaft*» von Dr. Ulrich Küntzel im *Europa-Archiv* (Frankfurt a. M.) Nr. 21/1952 über die in Japan herrschenden ökonomischen Verhältnisse unterrichten zu lassen. Überraschenderweise erfährt man, daß, im Widerspruch mit der landläufigen Auffassung, die japanische Wirtschaft von heute mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen hat. — Der Verfasser berichtet, daß diese Hemmnisse in den beiden Umständen wurzeln: der Armut des Landes an natürlichen Hilfsquellen bei dichter Besiedlung und rascher Bevölkerungszunahme, sowie der Rückständigkeit auf industriellem Gebiet. Das moderne Japan verfügt über eine Einwohnerschaft von 86 Mio (bei Kriegsende 72 Mio.), der Bevölkerungszuwachs beträgt 1,3 Mio. im Jahre. Von 38,5 Mio. Berufstätigen waren im Januar 1952 20,4 Mio. nicht landwirtschaftlich beschäftigt, davon ein rundes Drittel in der Industrie. Etwa 5 Mio. Hektar agrarischer Nutzfläche oder nur 0,06 ha auf den Kopf der Bevölkerung (in Westdeutschland etwa 0,28, in Großbritannien 0,25 ha) sind vorhanden. Das wichtigste Ausfuhrgut der Landwirtschaft liefert der Seidenbau. Von 1928 bis 1932 wurden jährlich 636 Mio. Yen (ein Drittel der Gesamtausfuhr) an Rohseide und Seidengespinnsten exportiert; diese Summe ist 1950 auf  $\frac{1}{13}$  der Gesamtausfuhr (vor allem durch die erfolgreiche Konkurrenz von Nylon) zurückgefallen. An Bodenschätzen ist Japan arm; nennenswerte Vorkommen sind nur in Schwefel, Pyrit, Blei und Zink zu verzeichnen. Der Abbau von Kohle ist bescheiden, ihr Heizwert gering. Der einzige gewichtige Energieträger sind die Wasserkraften, aber auch hier ist die Stromknappheit störend. Der Kapitalmangel zwingt Japan dazu, die notwendige Erweiterung der Wasserkraftwerke für 718 Milld. Yen (2 Milld. Dollar) nur zu weniger als einem Viertel befriedigen zu können. Die japanische Industrie befindet sich im Übergang mit allen Anlaufschwierigkeiten von dem Zustand industrieller Revolution, in dem ihr Produktionswert 1930 erstmalig von der Landwirtschaft übertroffen und den letzteren schon 1940 um mehr als das Doppelte hinter sich gelassen hatte, in dem einer harmonischen Entwicklung. Das Gewicht liegt dabei auf der Metallverarbeitung und der chemischen Erzeugung. Der große Anteil der Heimarbeit und die Enge des Binnenmarktes verursachen eine nur niedrige Arbeitskapazität (die, um ein Beispiel aus dem reichen Zahlenmaterial des Aufsatzes anzugeben, von 853 Yen Netto-Produktionswertes je Berufstätigen 1940 auf 233 Yen 1946 gesunken ist). Küntzel weist darauf hin, daß mit dem Mangel einer eigenständigen Entwicklung die Neigung der Japaner zur Nachahmung ausländischer Muster und zu auffallenden Preisunterbietungen zusammenhängt. Am Schlusse des Artikels wird des japanischen Außenhandels gedacht. Auch er hat infolge der Abschneidung vom chinesischen Markt und der wachsenden Hindernisse im Handel mit den unentwickelten Gebieten Südostasiens als Ersatz für China mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Auch wird Japan in seiner wirtschaftlichen Schwäche von Störungen im Welthandel besonders empfindlich getroffen.

Als ungünstiges Moment der heutigen politischen Lage erwähnte kürzlich der neue Staatssekretär *John Forster Dulles* auch «die offenbar wachsende kommunistische Untergrundbewegung in Lateinamerika» (NZZ, 16. Januar, Nr. 106). Es ist daher am Platze, auf den instruktiven Artikel «*Dual Communism in Latin America*» des Korrespondenten der «*New York Herald Tribune*» für Lateinamerika, *Robert J. Alexander* in «*The New Leader*», New York, vom 13. Oktober 1952 hinzuweisen. Es geht daraus hervor, daß die Kommunisten gegenwärtig in Latein-

amerika eine neue Taktik anwenden. Sie operieren in ein und demselben Land mit zwei oder mehr kommunistischen Parteien, um sich auf diese Weise Freunde innerhalb der Regierung zu sichern. So gibt es heute in Mexiko und Bolivien je drei und in Kolumbien, Venezuela, Brasilien, Argentinien und Peru je zwei kommunistische Parteien. Meinungsverschiedenheiten über taktische Fragen oder Kämpfe um die Führerschaft innerhalb der KP des betreffenden Landes bildete jeweils die Ursache der Spaltung (vergl. auch G. H. Hillekamps «Der Kommunismus in Südamerika» in der Zeitschrift «Neues Abendland», Nr. 12, 1952). — Es wurde stets nur eine Partei von der Kominform offiziell anerkannt. Trotzdem sind — ausgenommen vielleicht in Brasilien — die «Anerkannten» und die «Nichtanerkannten» Moskau gleich treu ergeben. Es sollen unwiderlegliche Beweise für die Tatsache vorliegen, daß mehrere inoffizielle Parteien mit dem Kreml in ebenso enger Beziehung stehen wie die jeweilige offizielle Partei.

Es ist nicht sicher, ob die Kominform die Spaltung der von ihr kontrollierten Parteien tatsächlich begünstigt. Aber die Leitung der kommunistischen Internationale behandelt diese «Abtrünnigen» jedenfalls nicht wie die anderen «Ketzer», die sich erkühnen, von der wahren Lehre abzuweichen. — Der Autor schildert sodann im einzelnen die Verhältnisse in allen südamerikanischen Staaten. Die erste Spaltung erfolgte in Mexiko im Jahre 1940. Vor dem Auge des Lesers erhebt ein Bild chamäleonartiger Durchtriebenheit.

*Wenn Regen oder Tröckne, Hagel oder Schädlinge dem Landmann die Ernte zerstört haben, so pflügt er im Herbst den Acker doch wieder von neuem und säet und hofft auf das nächste Jahr. Und immer weiter, mag ein schlechtes Jahr dem andern folgen, denn die Erde, die er bebaut, gibt — vielleicht kärglich — ihm und seinem Volk das unentbehrliche Brot. Das Völkerrecht gleicht dem Feld, das in einem gefährdeten Hagelstrich liegt. Aber auch dieses Feld muß immer wieder angebaut werden, sein Ertrag ist zum Leben nötig.*

*Darum müssen die, welche Wert und Bedeutung des Völkerrechts erkannt haben, zum Wahlspruch das Wort nehmen: Arbeiten und nicht verzweifeln!*

*Max Huber in «Gesellschaft und Humanität»*